

Hannover, 8. August 2019

Die Stadt Osnabrück hat am 28.05.2019 den Beschluss „Anstrengungen für kommunale Klimapolitik verstärken“ verabschiedet und damit dem Thema noch größere Priorität eingeräumt. Die KEAN hat mit Oberbürgermeister Griesert über den Ratsbeschluss und seine Folgen gesprochen.



Wolfgang Griesert ist seit dem 10. Oktober 2013 direkt gewählter Oberbürgermeister der Friedensstadt Osnabrück.

2014 hat die Stadt einen "Masterplan 100% Klimaschutz" verabschiedet, in dem dargestellt ist, wie eine Senkung der CO₂-Emissionen um 95 Prozent und des Energieverbrauchs um 50 Prozent bis zum Jahr 2050 auf kommunaler Ebene möglich ist.

2020 erhält Osnabrück den Deutschen Nachhaltigkeitspreis in der Kategorie Großstadt.

KEAN: Herr Oberbürgermeister, kurz bevor in Osnabrück ein Antrag von den Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke im Rat der Stadt eingebracht wurde, hatte die Fridays-for-Future-Bewegung in Konstanz eine „Resolution zum Klimanotstand“ auf den Weg gebracht und damit in Deutschland den Begriff „Klimanotstand“ als politischen Begriff geprägt. Wurde im Stadtrat auch über den Begriff „Klimanotstand“ diskutiert?

Griesert: Auch in Osnabrück wurde über die Ausrufung des sogenannten „Klimanotstandes“ diskutiert. Es war Konsens, dass nicht die Ausrufung eines „Notstandes“ das eigentliche Anliegen des gemeinsamen Antrags ist, sondern vielmehr klargestellt werden soll, dass die bisher ergriffenen Maßnahmen und deren zeitliche Umsetzung nicht ausreichen, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Daher hat der Rat ganz konkrete Maßnahmen und Prüfaufträge beschlossen und fordert zugleich den Bund und das Land auf, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen!

KEAN: Die Abstimmung fiel in Osnabrück einstimmig aus, mit nur einer Enthaltung. Welche Voraussetzungen waren aus Ihrer Sicht entscheidend für den Beschluss?

Griesert: Aus meiner Sicht sind langfristig angelegte Umwelt- und Klimaschutzziele nur erreichbar, wenn sie von einer breiten politischen Mehrheit getragen werden. In Osnabrück ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und weiteren Klimaschutzakteuren lang geübte Praxis. So wurde bereits 1992 der Runde-Tisch-CO₂ gegründet und seit 2012 ist der Beirat 100 % Klimaschutz unser Beteiligungs- und Beratungsgremium. Und so verwundert es nicht, dass viele Klimabeschlüsse, wie z.B. die Umsetzung des Masterplans 100 % Klimaschutz, einstimmig vom Rat der Stadt gefasst sind. Auch bei diesem Antrag hat die Politik konsensfähige Lösungen gesucht und natürlich auch den Klimabeirat einbezogen.

KEAN: Bei so viel Einstimmigkeit: Gab es auch Inhalte des Antrags, die kontrovers diskutiert wurden?

Griesert: Neben der Diskussion um die Begrifflichkeit gab es auch kritische Stimmen, denen die Maßnahmen und Prüfaufträge nicht ausreichend erschienen. Weitergehende Vorschläge, z.B. im Mobilitätsbereich, wurden kontrovers diskutiert.

KEAN: Der Beschluss des Rates der Stadt Osnabrück ist weitreichend. So wird die Verwaltung aufgefordert zusätzliche Leistungen zu erbringen, wie die Vorlage eines jährlichen Berichtes oder die Ausweisung von Klimaauswirkung in Beschlussvorlagen. Auch hat die Verwaltung sieben konkrete Prüfaufträge erhalten, hierunter die Erarbeitung einer Einspar- und Sanierungsstrategie für kommunale Gebäude oder die Ausweitung des regionalen Nahverkehrsangebotes. Müssen in der Verwaltung zusätzliche Personalstellen geschaffen und Finanzmittel in den Haushalt eingestellt werden, um diese Leistungen erbringen zu können?

Griesert: Die Aufträge sind in der Tat weitreichend und die Verwaltung überlegt jetzt, wie die Aufträge umgesetzt werden können und welche zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen erforderlich sind. Der „Masterplanbeirat Klimaschutz“ wird bei den Überlegungen wieder einbezogen und spätestens im Herbst sollen der Politik die ersten Ergebnisse und erforderlichen Voraussetzungen vorgestellt werden. Hierbei werden aber nicht nur die Kapazitäten der Stadt betrachtet werden, sondern zum Beispiel auch die Kapazitäten von Energie- und Solarberatern.

KEAN: In der Presse ist die Diskussion um den Klimanotstand teilweise der Kritik ausgesetzt, es handele sich um reine Symbolpolitik. Welche Erwartungen knüpfen Sie persönlich an den Beschluss für die Stadt Osnabrück? Und wie schätzen Sie die Erwartungshaltung Ihrer Kommunalpolitiker*innen ein?

Griesert: Ich begrüße, dass sich der Beschluss nicht auf die Ausrufung eines „Klimanotstandes“ beschränkt, sondern konkret wirksame Maßnahmen und Prüfaufträge beinhaltet, die uns – davon bin ich überzeugt – auf dem Weg zur Erreichung unserer Klimaziele ein ganzes Stück voranbringen werden. So können beispielsweise die Ratsgremien bei relevanten Entscheidungen künftig leichter klimaverträgliche Varianten auswählen, weil die Auswirkungen auf das Klima konkret benannt und klimaverträgliche Lösungen in Beschlussvorlagen dargestellt werden.

KEAN: Der Osnabrücker Beschluss besagt, dass die Stadt den Bund und die Länder darauf hinweisen soll, dass die Rahmenbedingungen für kommunale Klimapolitik durch zielgerichtete Anreize, Förderung und Regulierung erheblich verbessert werden müssen. Welches Thema setzen Sie für das Land Niedersachsen nach oben auf die Agenda?

Griesert: Zusammen mit 18 weiteren Kommunen hat die Stadt Osnabrück bereits seit 2012 beim bundesweiten Förderprogramm "Masterplan 100% Klimaschutz" erfolgreich teilgenommen. Im Zuge der Masterplanerstellung und -umsetzung konnten wir wiederholt unsere Erfahrungen mit den anderen Masterplankommunen austauschen und Erkenntnisse über Hemmnisse und Lösungsansätze sammeln. Vom Land Niedersachsen wünschen wir uns konkret mehr Anreize für den kommunalen Klimaschutz. Mit mehr Fördermitteln könnten wir schon einiges bewegen, aber auch eine bessere Verzahnung der Regelungen und Instrumente ist aus unserer Sicht erforderlich.

Beispiel „Mobilität“: Die rechtlichen Rahmenbedingungen sollten so verändert werden, dass Infrastruktur und nachhaltige Mobilitätsangebote im öffentlichen Raum leichter realisiert werden können, z.B. Car-Sharing-Plätze, Radboxen für einen festgelegten Nutzerkreis.

Zweites Beispiel „Erneuerbare Energien“: Die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) könnte so geändert werden, dass zum Beispiel eine Solarsatzung erlassen werden kann.

Oder als drittes Beispiel „Energetische Sanierung“: In der Städtebauförderungsrichtlinie des Landes Niedersachsen (R-StBauF) sollte die energetische Sanierung von Gebäuden explizit als förderwürdig aufgenommen werden.

KEAN: Hätten Sie abschließend noch einen Rat oder eine Empfehlung an andere Kommunen, die sich auf den Weg zur klimaneutralen Kommune machen wollen?

Griesert: Sicherlich gibt es kein Patentrezept. Aber man sollte die Möglichkeiten vor Ort schon genau kennen, um sie nutzen und anhand der lokalen Bedingungen umsetzbare und zielführende Maßnahmen entwickeln zu können. Erfolgreichen Klimaschutz kann keiner alleine umsetzen – nur eine intensive Zusammenarbeit vieler engagierter Akteure an dem langfristigen Prozess führt zum Erfolg. Hier braucht es neben einer bewussten Entscheidung für den Klimaschutz auch einen langen Atem. Aber uns bleibt keine Zeit mehr abzuwarten und jeder kann und sollte seinen Beitrag leisten.

KEAN: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister!